

**WASG**Arbeit & soziale Gerechtigkeit
Die Wahlalternative Berlin

Die Alternative in Bund und Berlin !

Nein zur Arbeitsplatzvernichtung!

Ob Samsung, CNH, Bosch-Siemens oder die Telekom, ob Vivantes, Charité oder der Öffentliche Dienst – in Berlin herrscht der Rotstift. Schon seit Jahren wird aus den Beschäftigten ALLER Branchen das Letzte herausgepresst – Notlagentarife, Lohnverzicht und Mehrarbeit aber konnten die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht verhindert. Trotz Rekordarbeitslosigkeit in der Hauptstadt werden weiter tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Höchste Zeit für gemeinsamen Widerstand!

327.900 Menschen in Berlin sind ohne Arbeit. 1991 waren es noch 180.000. Berlin hat mit 12,0 Prozent die zweithöchste Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 20 Jahren in Deutschland. Dabei hat der Berliner Senat, egal welcher Couleur, kräftig mitgestrichen: Im Öffentlichen Dienst Berlins ging die Zahl der Arbeitsplätze seit 1995 von 290.000 auf 210.000 zurück. Seit 1991 wurden im unmittelbaren Landesdienst 67.000 Stellen (37%) abgebaut. Seit 2002 (SPD-PDS-Senat) waren es allein 15.000. Bis 2012 sollen es weitere 18.000 Stellen sein. Der Stellenabbau bei BVG, BSR, Vivantes, städtischen Wohnungsbaugesellschaften, privatisierten Unternehmen der Daseinsvorsorge sowie ausgegliederten Kindergärten kommt hinzu. Die Industrie-arbeitsplätze schrumpften

von 236.000 im Jahr 1991 auf 97.000.

Heute ihr, morgen wir.

Die Spirale dreht sich kontinuierlich abwärts. Einige Beispiele: Der Elektronikhersteller Samsung kaufte Anfang der 90er Jahre das Betriebsgelände für 1 DM und kassierte jahrelang Subventionen des Landes Berlin ab, um schließlich 710 der 800 verbliebenen Beschäftigten vor die Tür zu setzen und mit einem Sozialplan abzuspeisen, der diesen Namen nicht verdient. Bei Vivantes, wurde ein ehemals Öffentlicher Betrieb für die Privatisierung fit gespart. Dabei wurde von den Beschäftigten Lohnverzicht, Mehrarbeit und der Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verlangt – doch genützt hat es nichts. Im Gegenteil – die ständige Erpressung von ganzen Belegschaften hat nur dazu beigetragen, immer niedrigere Standards zu etablieren, bei immer weiter steigender Arbeitslosigkeit. Nachdem die KollegInnen von Vivantes einen Notlagentarifvertrag akzeptieren mussten, zieht nun die Charité mit noch höheren Forderungen nach. Während am Wochenende Politiker vom Berliner Senat auch mal mit Belegschaften gegen Jobvernichtung demonstrieren, drohen in der Woche die SPD-PDS Senatoren selber mit Massenkündigungen bei der Charité, sollten Krankenpflegerinnen und Pfleger nicht bereit sein, drastische Lohn-

und Arbeitsverschlechterungen zu akzeptieren. Um den Börsengang der deutschen Bahn voranzubringen, sollen bei der S-Bahn bis zu 1.000 Stellen gestrichen werden, darunter die gesamte Bahnaufsicht. Der Austritt Berlins aus dem kommunalen Arbeitgeberverband und der darauffolgende Anwendungstarifvertrag, der Gehaltskürzungen von bis zu 12 % bedeutete, bot anderen Ländern eine Steilvorlage, um ebenfalls Tarifbruch zu begehen.

Nur gemeinsam sind wir stark

Der Ausweg aus dieser Sackgasse heißt Solidarität. Kämpfende Belegschaften sollten von KollegInnen aus anderen Branchen unterstützt und gemeinsame Aktionen bis hin zu Streiks organisiert werden, um zu zeigen, dass man sich nicht gegeneinander ausspielen lässt. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Gewerkschaften zu. Sie sind das Instrument der lohnabhängig Beschäftigten beim Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Weltweit wehren sich viele gegen den neoliberalen Kahl-schlag. In Frankreich wurde vor langem gefordert, dass für profitable Unternehmen ein Kündigungsverbot gilt. Diese Forderung wurde neulich vom Verdi-Vorstand wiederholt. Diese Worten müssen Taten folgen. In Corsica in 2005 kaperten FährarbeiterInnen ihr Schiff, um Pri

WASG

Arbeit & soziale Gerechtigkeit
Die Wahlalternative Berlin



Die Alternative in Bund und Berlin !

vatisierung der staatlichen Fährwesen und Kündigungen zu stoppen. Der französische Staat setzte brutal bewaffnete Militärpolizei gegen die GewerkschafterInnen ein, musste aber einen Rückzieher machen und die Privatisierungspläne ändern. In Irland unterstützen Massendemonstrationen mehrerer Gewerkschaften erfolgreich die Aktionen anderer SchiffsarbeiterInnen, die sich gegen Dumpinglöhne wehrten. Und die Augen der Welt richteten sich auf die chaotischen Strassen in New York, wo es einen U-Bahn-Streik gab. In Europa richten sich im kommender Februar zum zweiten Mal Großdemonstrationen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen die Bolkestein-Richtlinie, die Arbeits- und Lohnstandards vernichten soll. In Frankreich und den Niederlande wurde aus dem gleichen Grund gegen die europäische Verfassung abgestimmt

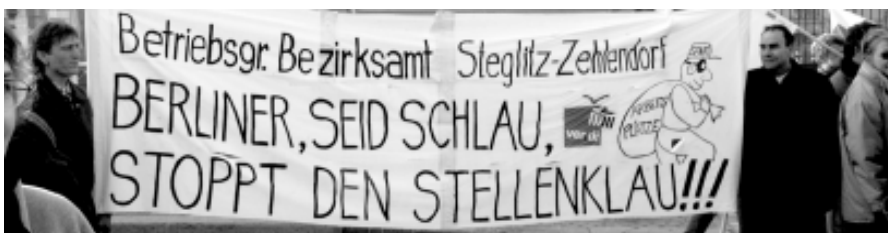
Für ein soziales Berlin

Berlin ist pleite – und wir sollen dafür büßen. Obwohl die Kassen der Stadt

geplündert wurden durch Steuererleichterungen für Unternehmen, Privatisierungen (z. B. Wasserbetriebe, Gasag), Prestigeprojekte oder einfache Selbstbereicherung wie im Fall des Bankenskandals, soll die Berliner Bevölkerung die Schulden bezahlen. Dabei ist genug Geld da – es ist nur in den falschen Händen! Mit dem Argument, die Kassen seien doch leer, werden Arbeitsplätze vernichtet, Lohnverzicht erpresst und Sozialabbau im großen Stil betrieben. Privaten Unternehmen wiederum wie BSH, Siemens oder Samsung wurde und wird auf Knien hinterhergekrochen, in der Hoffnung auf „Fairness“ beim Abbau von Stellen – anstatt die Belegschaften aktiv – und nicht nur mit Lippenbekenntnissen - zu unterstützen. Jeder einzelne Arbeitsplatz muss erhalten werden! Die Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst stehen im Widerspruch zum bestehenden Bedarf. Schulen, Kitas, das Gesundheitswesen, die Jugendhilfe - in all diesen Bereichen ist zusätzliches Personal dringend notwendig. Doch stattdessen müssen diejenigen, die Ar-

beit haben, mehr und mehr Überstunden machen, während andere verzweifelt nach Arbeit suchen. Die Einführung der 30-Stunden-Woche für die 200.000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bei vollem Lohn- und Personalausgleich würde circa zwei Milliarden Euro jährlich kosten, würde die vorhandene Arbeit gerechter aufteilen und könnte 50.000 neue Arbeitsplätze schaffen - etwas weniger als die Summe, die Berlin allein an Zinsen an die Banken zahlen muss! Dies ist nur ein Beispiel, das die schreiende Ungerechtigkeit bei der Verteilung der vorhandenen Mittel zeigt.

Wir von der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative wollen dem entgegenzutreten, werden Aktionen der Beschäftigten und der Betroffenen unterstützen und Solidarität aufbauen. Wir verlangen eine andere Steuerpolitik und eine Wende weg von der Politik des neoliberalen Kahlschlags – wir kämpfen für Alternativen. Wir treten in Diskussion mit allen, die mit jetzigen Verhältnisse unzufrieden sind.



Der Unwille Arbeitsplatzvernichtung und Lohnabsenkungen hinzunehmen wächst. Ebenso die Bereitschaft etwas dagegen zu unternehmen. Wie aber können wir dem Jobsterben Einhalt gebieten? Welche Kampfschritte sind dafür nötig? Wie können wir Solidarität und Vernetzung untereinander erreichen? Welche Strategie für den Widerstand?

Darüber wollen wir gemeinsam diskutieren mit **RednerInnen von S-Bahn und Charite, mit Betriebsräten von CNH, Siemens und BMW**. Diskutieren Sie mit!

Veranstaltung: „Nein zu Arbeitsplatzvernichtung!“ am 25.01.06 um 18h, im „Almende“, Kottbusser Damm 25/26 (3. Etage über Woolworth - U-Bahn Hermannplatz)